

## Öffentliche Sitzung

Gremium: Ausschuss für Umwelt- und Klimaschutz  
Datum: Donnerstag, 15.11.2018  
Uhrzeit: 18:00 Uhr – 19:08 Uhr  
Ort: Raum E 072 (Mediensaal), Haus der StädteRegion Aachen, Zollernstraße  
16, 52070 Aachen

### Anwesend waren:

#### **A) Mitglieder:**

Herr Jürgen Neesen SRTM

Herr Heiner Berlipp SRTM

Herr Gerhard Neitzke SRTM

Vertretung für: Frau Kristina Klinkenberg SRTM

Herr Rolf Beckers SRTM

Herr Wolfgang Goebbels SRTM

Herr Horst-Dieter Heidenreich

Vertretung für: Frau Elisabeth Paul III. stellv. SR

Herr Dr. Hans-Joachim Helbig SRTM

Frau Marika Jungblut SRTM

Herr Michael Kirsch SRTM

Herr Franz-Josef Kogel SRTM

Herr Franz Körlings SRTM

Vertretung für: Frau Edith Nolden SRTM

Frau Josefine Lohmann SRTM

Vertretung für: Herrn Willi Bündgens SRTM

Herr Kunibert Matheis SRTM

Vertretung für: Herrn Oliver Bode SRTM

Herr Jost Nobis SRTM

Frau Ingrid von Morandell SRTM

Vertretung für: Herrn Dr. Thomas Griese SRTM

Frau Dr. Heike Wolf SRTM

Herr Hans Herff

Herr Manfred Reinders

Vertretung für: Herrn Rainer Mertens

Herr Prof. Dr. Philipp Rohde

Herr Alex Thiel

Frau Luisa Flaitz

Abwesende:

Frau Kristina Klinkenberg SRTM

- entschuldigt -

Herr Oliver Bode SRTM

- entschuldigt -

Herr Willi Bündgens SRTM

- entschuldigt -

Herr Dr. Thomas Griese SRTM

- entschuldigt -

Frau Edith Nolden SRTM

- entschuldigt -

Frau Elisabeth Paul III. stellv. SR

- entschuldigt -

Herr Rainer Mertens

- entschuldigt -

**B) Verwaltung:**

Herr Neesen eröffnete um 18:00 Uhr die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Umwelt- und Klimaschutz, begrüßte die Anwesenden und stellte fest, dass der Ausschuss für Umwelt- und Klimaschutz ordnungsgemäß einberufen worden und beschlussfähig war.

Anschließend beschloss der Ausschuss für Umwelt- und Klimaschutz einstimmig folgende

## TAGESORDNUNG

### A) Öffentliche Sitzung

1.	Einwohnerfragestunde gem. §§ 4 Abs. 2 und 27 Abs. 1 Buchst. g) der Geschäftsordnung für den Städteregionstag und die Ausschüsse	
2.	Erstellung einer Projektstudie zwecks Errichtung von zusätzlichen Ladestationen an städteregionalen Gebäuden – Antrag der SPD-Städteregionstagsfraktion vom 07.11.2018	2018/0542
3.	Integriertes Klimaschutzkonzept (IKSK); Projekt "Regionaler Dialog Energiewende Aachen 2030" (render): Vorstellung des Regionalen Energieplans Aachen 2030 (REPAC)	2018/0452
4.	Integriertes Klimaschutzkonzept (IKSK): Energieberatung der Verbraucherzentrale in der StädteRegion Aachen	2018/0456
5.	Ergebnisse der Bodenuntersuchungen zu den Dioxin- und Schwermetallgehalten im Einzugsgebiet der Inde	2018/0505
6.	Bündnis "Kommunen für biologische Vielfalt e.V."	2018/0457
7.	Mobile Region – Betriebliches Mobilitätsmanagementkonzept der StädteRegion Aachen	2018/0453
8.	LEADER-Region Eifel; Leitprojekt zur Stärkung des dörflichen Engagements	2018/0338
9.	Beschlusskontrolle	2018/0507
10.	Anfragen und Mitteilungen	

### B) Nichtöffentliche Sitzung

1.	Mobile Region: Velocity Stationen	2018/0455
2.	Beschlusskontrolle	2018/0508
3.	Anfragen und Mitteilungen	

#### Zu Punkt 1. der Tagesordnung:

**Einwohnerfragestunde gem. §§ 4 Abs. 2 und 27 Abs. 1 Buchst. g) der Geschäftsordnung für den Städteregionstag und die Ausschüsse**

Zu diesem TOP gab es keine Wortmeldungen.

## **Beschluss:**

### **Zu Punkt 2. der Tagesordnung:**

#### **Erstellung einer Projektstudie zwecks Errichtung von zusätzlichen Ladestationen an städteregionalen Gebäuden**

##### **– Antrag der SPD–Städteregionstagsfraktion vom 07.11.2018**

Frau SRTM Dr. Wolf gab als Begründung für den Antrag an, dass man gegen den Klimawandel entsprechende Maßnahmen ergreifen müsse. Eine dieser Maßnahmen sei der Ausbau der Elektromobilität durch die Errichtung weiterer Ladestationen. Daher müsse man schauen, wo dies in der Städteregion möglich sei. Aus diesem Grund solle ein Konzept als Ergänzung zu dem, was bisher bereits erstellt worden sei, erarbeitet werden.

Herr Pilgrim, Umweltamt, bedauerte, dass es in der kurzen Zeitspanne nicht gelungen sei, dem Ausschuss zu dieser Sitzung eine beschlussreife Vorlage zu präsentieren. Inhaltlich passe der Antrag jedoch zu dem, was die Städteregion im Rahmen der Runde der technischen Beigeordneten der städteregionsangehörigen Kommunen am 07.11.2018 bereits zu diesem Thema beraten und überlegt habe. Der Unterschied zum Antrag sei jedoch, dass die kommunalen Vertreter über die eigenen Immobilien hinaus die Feststellung der Anzahl und der Verstandortung für die gesamte Städteregion Aachen im Hinblick auf den sinnvollen Ausbau der Elektromobilität betrachten wollen, um zukünftig bedarfsorientiert auf kommunaler Ebene entsprechende Ladestationen umsetzen zu können. Er mache daher den Vorschlag, dass seitens der Verwaltung für die Sitzung des Städteregionsausschusses am 29.11.2018 eine beschlussfähige Vorlage erstellt werde mit dem Ziel, in Anlehnung an den Antrag der SPD–Städteregionstagsfraktion, die Beauftragung eines Konzeptes für die gesamte Städteregion vorzubereiten. Diese Vorgehensweise entspreche auch der von der Runde der technischen Beigeordneten der städteregionalen Kommunen geäußerten Bitte, dass unter der Federführung der Städteregion eine Gesamtkonzeption erarbeitet werden solle.

Herr SRTM Kirsch war ebenfalls der Meinung, dass die Elektromobilität weiter gefördert werden müsse. Er sagte, dass es bereits Konzepte bzw. Untersuchungen gebe, z.B. seitens der RWTH, die mit in die Gesamtkonzeption einfließen sollten.

Frau Roelen, Umweltamt, erläuterte, dass man mit einer ganzheitlichen und städteregionsweit abgestimmten Konzeption zukünftiger potentieller Ladeorte den Kommunen fundierte Planungsgrundlagen zugunsten der Umsetzung im öffentlich

Raum sowie im städteregionalen Verbund anbieten wolle. Um diese Standorte zu identifizieren und in den notwendigen Zusammenhang mit halböffentlichen und privaten Entwicklungen zu stellen, bedürfe es der Erstellung eines Konzeptes. Darüber hinaus entlaste die gemeinschaftliche Erarbeitung eines Gesamtkonzeptes unter Federführung der Städteregion Aachen die kommunale Seite. Für die Erstellung des Konzeptes sei vor dem Hintergrund der aktuell umfangreichen Angebote zu klären, ob eine finanzielle Förderung durch das Land mit bestenfalls bis zu 80 % der förderfähigen Kosten generiert werden könne.

Herr SRTM Beckers sagte, dass dieses Thema zu wichtig sei, um es hier und heute ohne konkrete Beratungen in den Fraktionen zu beschließen. Er stimme daher der Verwaltung zu, dass zunächst eine fundierte Vorlage erstellt werden solle, um anschließend entscheiden zu können, wie es weiter gehen solle.

Herr sB Prof. Dr. Rohde zeigte sich ebenfalls damit einverstanden, zunächst eine fundierte Vorlage vorgelegt zu bekommen, bevor man über das weitere Vorgehen entscheiden könne.

#### **Zu Punkt 3. der Tagesordnung:**

**Integriertes Klimaschutzkonzept (IKSK); Projekt "Regionaler Dialog Energiewende Aachen 2030" (render): Vorstellung des Regionalen Energieplans Aachen 2030 (REPAC)**

Herr Pilgrim teilte mit, dass Herr Schneider erkrankt sei und daher der geplante Vortrag zu diesem TOP leider entfallen müsse. Er wies in diesem Zusammenhang jedoch auf die am 19.11.2018 stattfindende Veranstaltung zu diesem Thema im Energeticon in Alsdorf hin, in der die Ergebnisse des REPAC vorgestellt und diskutiert würden.

#### **Beschluss:**

#### **Zu Punkt 4. der Tagesordnung:**

**Integriertes Klimaschutzkonzept (IKSK): Energieberatung der Verbraucherzentrale in der StädteRegion Aachen**

Herr Weiß, Verbraucherzentrale NRW, stellte dem Ausschuss die Arbeit und die Projekte der Verbraucherzentrale in punkto Energieberatung anhand eines Vortrages vor. Dieser Vortrag ist als Anlage 1 der Niederschrift beigelegt.

Frau SRTM von Morandell fragte, wie die Kooperation der Verbraucherzentrale mit den Berufskollegs der Städteregion sei.

Herr Weiß sagte hierzu, dass bisher von dort leider keine Resonanz erfolgt sei. Mit den Schulen sei es immer etwas schwierig, in Kontakt zu kommen bzw. diese für eine Veranstaltung zu begeistern, da den Schulen hierzu meist die Zeit fehle. Hier würde die Verbraucherzentrale gerne mehr beraten. Es gebe jedoch eine sehr gute Zusammenarbeit mit den außerschulischen Lernorten Museum Zinkhütter Hof in Stolberg und dem Energeticon in Alsdorf.

**Beschluss:**

#### **Zu Punkt 5. der Tagesordnung:**

##### **Ergebnisse der Bodenuntersuchungen zu den Dioxin- und Schwermetallgehalten im Einzugsgebiet der Inde**

Herr Jücker, Dezernat IV, erläuterte dem Ausschuss noch einmal die Historie über die Feststellung der Dioxin- und Schwermetallbelastung im Einzugsgebiet der Inde und erklärte die unterschiedlichen Gewichtungen zwischen den Bereichen Boden- und Verbraucherschutz.

Herr Dr. Boese, Amt für Verbraucherschutz, Tierschutz und Veterinärwesen, teilte mit, dass mittlerweile die belasteten Flächen identifiziert seien. Den aus den Bodenuntersuchungen festgestellten Belastungen müsse weiter nachgegangen werden. Daher sei nun zu überprüfen, wie sich die Belastung über das Futter auf die Tiere und letztlich auf den Menschen durch die Nahrungsaufnahme auswirke. Bisher seien 19 Proben genommen worden, welche derzeit in einem Labor untersucht würden. Ein erstes Ergebnis werde erst im Januar 2019 erwartet. Derzeit sehe er keine Veranlassung, weiter tätig zu werden; man müsse zunächst die Untersuchungsergebnisse abwarten.

Herr Pilgrim ergänzte hierzu, dass die betroffenen Grundstückseigentümer sowie die betroffenen Kommunen bereits über die Bodenbelastung informiert worden seien.

Herr SRTM Kirsch fragte, ob die Ursache für die Belastungen bereits lokalisiert worden sei.

Hierzu erläuterte Herr Urbanke, Untere Bodenschutzbehörde, dass alle bisher vorliegenden Erkenntnisse darauf hinwiesen, dass die Belastungen auf Überschwemmungsereignisse zurück zu führen seien. Dioxine würden bei derartigen Ereignissen über die Schwebfracht auf die Grünlandflächen geschwemmt. Da Dioxin sehr langlebig sei, könnten auch Überschwemmungsereignisse, die vor 50 Jahren stattgefunden haben, für die jetzt festgestellten Belastungen verantwortlich sein.

Herr SRTM Becker war sich sicher, dass die Problematik noch eine längere Zeit ein Thema sein werde. Er bat daher darum, den Ausschuss weiterhin zu informieren.

Frau SRTM Dr. Wolf sagte, in der Vorlage sei dargestellt, dass aufgrund der derzeit vorliegenden Ergebnisse keine Anhaltspunkte für die Gefährdung von Menschen durch Direktkontakt, z.B. spielende Kinder, vorliegen würden. Dennoch solle mit Stolberg und Eschweiler abgeklärt werden, inwieweit auf öffentlichen Kinderspielflächen der direkte Kontakt zu evtl. vorliegenden Bodenverunreinigungen unterbunden worden sei. Sie fragte, ob dies bereits erfolgt sei bzw. ob doch bereits Erkenntnisse über eine Gefährdung vorliegen würden.

Herr Urbanke antwortete, dass man bei diesen beiden Kommunen bereits vor Jahren eine erhöhte Schwermetallbelastung der Böden festgestellt habe. Zumindest für Eschweiler gelte, dass im Zuge dessen die Spielflächen so gestaltet worden seien, dass kein direkter Kontakt mit den belasteten Böden entstehe. Diese Maßnahme greife dann auch für die Unterbindung des Kontakts mit Dioxin.

**Beschluss:**

#### **Zu Punkt 6. der Tagesordnung:**

##### **Bündnis "Kommunen für biologische Vielfalt e.V."**

Herr sB Prof. Dr. Rohde gab zu Protokoll, dass er inhaltlich mit der Idee, die hinter dem Programm stehe, einverstanden sei. Er wolle jedoch nicht weiterhin die Deutsche Umwelthilfe unterstützen, die seiner Meinung nach ein fragwürdiges Geschäftsmodell verfolge. Aus diesem Grund werde er den Beschlussvorschlag ablehnen.

Herr Pilgrim teilte in diesem Zusammenhang mit, dass seitens der Verwaltung mittlerweile rd. 5.000 m<sup>2</sup> Grünfläche auf städteregionalen Liegenschaften in Bienenweiden umgewandelt worden seien.

**Beschluss:**

Der Städteregionstag beschließt, die Deklaration "Biologische Vielfalt in Kommunen" zu unterzeichnen, um ein Zeichen zum Erhalt und zur Förderung der biologischen Vielfalt zu setzen und um seine Verantwortung hierzu zu dokumentieren.

**Abstimmungsergebnis:**

19 JA-STIMMEN

1 NEIN-STIMME

**Zu Punkt 7. der Tagesordnung:**

**Mobile Region – Betriebliches Mobilitätsmanagementkonzept der StädteRegion Aachen**

Zu diesem TOP gab es keine Wortmeldungen.

**Beschluss:**

**A) Beschlussvorschlag für den Ausschuss für Umwelt- und Klimaschutz:**

Der Ausschuss für Umwelt- und Klimaschutz bestätigt die aktuellen Mobilitäts herausforderungen und beauftragt die Verwaltung, die im betrieblichen Mobilitätskonzept dargestellten Handlungsempfehlungen nach Bedarfsprioritäten zur Umsetzungsentscheidung weiter zu qualifizieren.

**B) Beschlussvorschlag für den Ausschuss für regionale Zusammenarbeit, Mobilität und Europa:**

Der Ausschuss für regionale Zusammenarbeit, Mobilität und Europa bestätigt die aktuellen Mobilitäts herausforderungen und beauftragt die Verwaltung, die im betrieblichen Mobilitätskonzept dargestellten Handlungsempfehlungen nach Bedarfsprioritäten zur Umsetzungsentscheidung weiter zu qualifizieren.

**Abstimmungsergebnis:**

19 JA-STIMMEN

1 NEIN-STIMME



### **Zu Punkt 8. der Tagesordnung:**

#### **LEADER-Region Eifel; Leitprojekt zur Stärkung des dörflichen Engagements**

Herr sB Prof. Dr. Rohde teilte mit, dass er dem Beschlussvorschlag zustimmen werde. Dennoch kritisiere er, dass immer wieder finanziell geförderte Projekte gestartet und nach dem Förderzeitraum fortgeführt würden. Er wünschte sich, dass Projekte nur gemäß dem Projektplan realisiert und durchgeführt und nicht immer wieder aufgestockt würden.

#### **Beschluss:**

Der Städteregionsausschuss trifft folgende Entscheidungen:

1. Er spricht sich für eine Erhöhung des Stellenanteils (von 10 auf 19 Std./Woche) für die kreisübergreifende Projektkoordination aus und stimmt der damit verbundenen Erhöhung der bereits für die 36-monatige Projektlaufzeit beschlossenen Personalkostenaufwendungen (Basiswert) von 43.680 € um 42.276 € auf dann 85.956 € beim Amt 70 – Umweltamt – für die befristete Aufgabe der Projektkoordination für die Haushalte 2019–2021 zu.
2. Er stimmt damit der Aufstockung des bereits für die 36-monatige Projektlaufzeit beschlossenen Eigenanteils an den gesamten Projektkosten von 11.513 € auf dann 16.332 € zu und beauftragt die Verwaltung, den Eigenanteil i. H. v. 16.332 € in die Haushalte 2019–2021 einzustellen.

#### **Abstimmungsergebnis:**

EINSTIMMIG

### **Zu Punkt 9. der Tagesordnung:**

#### **Beschlusskontrolle**

Zu diesem TOP gab es keine Wortmeldungen.

#### **Beschluss:**

**Zu Punkt 10. der Tagesordnung:**

**Anfragen und Mitteilungen**

Zu diesem Top gab es keine Wortmeldungen.

**Beschluss:**

Da keine Wortmeldungen vorlagen, schloss Herr Neesen die öffentliche Sitzung um 19:08 Uhr.

(Vorsitzende/r)

(Gremiumsmitglied)

(Schriftführer)